

Duma-Wahl 1995: Überlegungen zu Prognosen

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1995). *Duma-Wahl 1995: Überlegungen zu Prognosen*. (Aktuelle Analysen / BIÖst, 72/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45943>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Duma-Wahl 1995

Überlegungen zu Prognosen

Zusammenfassung

Mit seiner Entscheidung vom 20. November 1995 hat das Verfassungsgericht den Weg für die Duma-Wahl freigemacht. Die Bedeutung der Wahlen sollte jedoch nicht überschätzt werden, da ihre Ergebniss an den politischen Machtverhältnissen wenig ändern werden. Für die Festigung demokratischer Prinzipien ist ungleich wichtiger, daß die Wahlen in geordneter Form durchgeführt und daß sich möglichst viele Bürger daran beteiligen werden. Obwohl sich - anders als 1993 - im Prinzip alle Parteien und Organisationen um Teilnahme an der Wahl bewerben konnten, darf aus der großen Zahl von 42 zugelassenen Gruppierungen nicht auf ein umfassendes und entwickeltes Parteienspektrum geschlossen werden. Auf die Hälfte der Sitze, die in den Wahlkreisen als Direktmandate vergeben werden, haben die meisten Wahlblöcke nahezu keinen Einfluß. Prognosen des Wählerverhaltens und der Wahlergebnisse nach hiesigem Verständnis sind bislang nicht möglich, was in erster Linie mit der großen Dynamik und Unberechenbarkeit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, der Mentalität der Bürger sowie mit Unzulänglichkeiten der Meinungsforschung in Rußland zu tun hat. Eine wirkliche Entscheidung über die Zukunft Rußlands wird wohl erst bei der Präsidentschaftswahl im Sommer 1996 fallen.

Zur Bedeutung der Duma-Wahl 1995

Die meisten westlichen Darstellungen des Wahlkampfes in Rußland vermitteln den Eindruck, verschiedene politische Richtungen - in Gestalt ihrer Parteien und führenden Politiker - kämpften unter weitgehend ähnlichen Bedingungen um die Gunst der Wähler. Die große Anzahl zugelassener Parteien und Wahlvereinigungen, die sehr bunte Wahlkampfrhetorik und die Diskussionen um eine mögliche Verschiebung der Wahl werden als Anzeichen tendenziell demokratischer Verhältnisse gewertet. Dabei werden eine ganze Reihe Umstände außer acht gelassen, die eine wesentliche Relativierung der Bedeutung der Wahl geboten erscheinen lassen. Durch die per Referendum am 12. Dezember 1993 angenommene Verfassung ist eine präsidentiale Republik eingeführt worden; von einer authentischen Gewaltenteilung kann nicht die Rede sein. Weder die beiden Kammern des Parlaments noch die Judikative können als ernstzunehmende Gegengewichte gegen die Vollmachten der Exekutive aufgefaßt werden. Zwar haben sich seit Ende der achtziger Jahre zahlreiche neue gesellschaftliche Vereinigungen herausgebildet, doch kann von einem regelrechten Parteiensystem nicht gesprochen werden - bis auf drei Ausnahmen (KPRF, APR, LDPR) haben wir es nicht mit Parteien im üblichen Sinne zu tun. (Die Übersetzung der abgekürzten Parteinamen findet sich in der Liste der 42 zugelassenen Wahlblöcke).

Oft wird auch offiziellen Erklärungen der russischen Regierung vertraut, wonach von Tendenzen zur Stabilisierung der Wirtschaft auszugehen sei. Auch verbessere sich der Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung, größere soziale Unruhen blieben aus. Da die Bedeutung des privaten Sektors - und damit auch seiner sozialen Träger - immer weiter zunehme, verfestigten sich die Positionen der Marktwirtschaft. Viele Hinweise sprechen dafür, daß dieses Bild nicht der Wirklichkeit entspricht. Insgesamt ist eher von einem Anhalten wirtschaftlicher Krisenerscheinungen zu sprechen; die Polarisierung der Bevölkerung - nach Einkommen und Verbrauch - nimmt zu. Die Voraussetzungen für die Herausbildung einer "normalen bürgerlichen Gesellschaft" haben sich während der beiden letzten Jahre eher weiter verschlechtert. Für eine große Mehrheit der Bevölkerung stehen "Ordnungschaffen" und die Wiederherstellung des in den siebziger und achtziger Jahren erreichten Lebensstandards an erster Stelle ihrer Wünsche, während formaldemokratische Prinzipien und allgemeine Menschen- und Minderheitenrechte kaum noch eine Rolle spielen. Neben der "Umgebung des Präsidenten" hat sich in den letzten Jahren eine politische und wirtschaftliche Elite herausgebildet, die an der Konservierung der gegenwärtigen Verhältnisse ein starkes persönliches Interesse hat.

Problematik von Wahlprognosen

Wer eine Prognose über die Duma-Wahlen abgeben oder zur Kenntnis nehmen möchte, sollte sich zunächst einmal über die Orientierungsschwierigkeiten hinsichtlich der Parteienlandschaft klar werden, vor denen die meisten Bürger Rußlands stehen. Der Schriftsteller A. Pristawkin stellte im Herbst 1995 fest, daß ihm alle gewohnten Orientierungen verloren gegangen seien: "Ich kenne mich nicht mehr bei den neu gebildeten Blöcken aus und auch nicht bei den Parteien. Es gibt hier irgendwelche merkwürdige und für mich unverständliche Spiele. Natürlich muß man eine Wahl treffen und auch wählen. Kaum werde ich mich mit irgendwelchen Programmen näher befassen... Von entscheidender Bedeutung wird der jeweilige Parteiführer sein."¹ Der Politologe F. Schelow-Kowedjajew konstatierte ebenfalls eine allgemeine und zunehmende Verwirrung: "Ich bin überzeugt: je näher die Wahlen rücken, desto mehr seltsame Erklärungen wird es geben, desto häufiger werden alle möglichen rätselhaften Aufsätze und analytische Notizen erscheinen, die von unbekannten Zentren, Instituten und Expertengruppen erarbeitet worden sind. Nun, die Presse und das Fernsehen, die auf etwas Besonderes gierig sind, werden all dies freudig verbreiten und dadurch noch größere Verwirrung in die Köpfe der Bürger bringen."² Die Liste der 42 Parteien und Blöcke, die von der Zentralen Wahlkommission zur Teilnahme an den Duma-Wahlen zugelassen worden sind, dürfte viele Wähler vor erhebliche Probleme stellen. Die Unterschiede zwischen

¹ Ogonek, Nr. 43/1995, S. 15.

² Literaturnaja gazeta, Nr. 43/1995.

den Programmen, die allerdings ohnehin nur von wenigen Bürgern zur Kenntnis genommen werden, sind minimal - Gemeinsamkeiten überwiegen insbesondere bei außenpolitischen Fragen, aber auch bei den Hauptrichtungen der Wirtschaftspolitik.¹ Die Einstellung führender Politiker zur Regulierung der Tschetschenien-Krise hat sich zwar Anfang 1995 auf ihr Rating ausgewirkt (z.B. Gewinne für Lebedev und B. Fjodorow, Verluste für Gajdar), doch soll dieses Problem seit Herbst im Wahlkampf kaum noch eine Rolle spielen. Im August hatte eine Moskauer Zeitung Unterschiede zwischen den größeren Parteien in dieser Frage herausgearbeitet, wobei offenbar nur die PST von der Möglichkeit des Ausscheidens Tschetscheniens aus der Föderation ausging.² Mitunter wird behauptet, das Elektorat Rußlands teile sich in zwei Hälften - und zwar in Abhängigkeit von der jeweiligen Einstellung zur Anfang 1992 begonnenen Wirtschaftsreform. Dabei kann doch Ende 1995 kein Zweifel mehr daran bestehen, daß es - geht man von der Gesamtbevölkerung aus, nur noch eine sehr kleine Minderheit von Befürwortern einer konsequent marktwirtschaftlichen Reformpolitik gibt, und daß sich heute eine Mehrheit in allen sozialen Gruppierungen für die gleichen - meist traditionellen - Ziele und Ideale ausspricht.

Obwohl es inzwischen Hunderte von Meinungsforschungsinstituten in Rußland geben dürfte, läßt das Niveau ihrer Untersuchungen nach wie vor zu wünschen übrig. Das hat teilweise objektive Ursachen, wie eben gezeigt wurde, liegt aber auch an Unzulänglichkeiten des methodischen Instrumentariums, an materiellen Zwängen, oft aber auch an dem übermäßigen politischen Engagement der beschäftigten Wissenschaftler. Der in den USA lehrende russische Soziologe W. Schljapentoch hat diese Zusammenhänge anhand der Fehlprognosen russischer Institute vor den Wahlen im Dezember 1993 untersucht und seinen früheren Kollegen B. Gruschin zitiert, nach dessen Einschätzung "der russischen Gesellschaft in ihrer jetzigen veränderlichen Form Probleme eigen sind, die von den Sozialwissenschaften nicht gemessen werden können".³ Ein Novum ist offenbar eine im Dezember 1993 von amerikanischen Wissenschaftlern (T. Colton, J. Hugh) und Moskauer Soziologen (S. Tumanow) gemeinsam durchgeführte Untersuchung des Wahlverhaltens der Russen. Symptomatisch ist, daß der dabei gewählte methodische Ansatz beim Geheimdienst und im Sicherheitsrat Rußlands erhebliche Unruhe ausgelöst hat.⁴

Als Beispiel dafür, wie selbst große, international renommierte Moskauer Meinungsforschungsinstitute durch suggestive Fragestellungen zur Manipulation von Umfragen beitragen, sei auf eine Befragung des Fonds "Öffentliche Meinung" hingewiesen. Nachdem eine deutliche Mehrheit der Befragten die gegenwärtig in Rußland praktizierte Demokratie als "Deckmantel zur Bereicherung der Machthabenden" bezeichnet hatte, wurde in der folgenden Frage als einzige Alternative dazu die "authentisch sozialistische Demokratie, die Macht des Menschen der Arbeit" angeboten - in allen zwölf sozialen Gruppen konstatierte eine deutliche Mehrheit dieses "Alternativangebot". Die nachfolgenden Fragen postulierten die Notwendigkeit des Aufbaus einer Demokratie, wobei die Befragten im Grunde darunter nur die zuvor eingeführte "sozialistische Demokratie" verstehen konnten. Um ein Beispiel für die praktische Umsetzung dieses Denkens zu geben: Auf einer Konferenz mit Vertretern der Exekutive und der Legislative der Föderationssubjekte beendete der Leiter des Analytischen Zentrums beim Präsidenten, M. Urnow - ein Soziologe, der in früheren Jahren mit sehr differenzierten Darstellungen der in der Bevölkerung verbreiteten Ansichten hervorgetreten war - seine Ausführungen zum Wahlkampf mit den Worten: "Wir müssen zeigen, wer ein Freund - und wer ein Spekulant ist."⁵

Eine sehr ausführliche und weitgehend stichhaltige Analyse über "Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten" der Duma-Wahl hat das Experteninstitut des Russischen Industriellenverbandes im Mai 1995 vor-

¹ Ju. Lebedev, Vybory v dumu porozhdajut sensacii, in: Nezavisimaja gazeta, 4.11.1995; S. Mndojanc, A. Salmin, Sjurprizov ne budet, in: Moskovskie novosti, Nr. 73/1995. Unterschiede gibt es freilich beispielsweise hinsichtlich der in Zukunft anzustrebenden Regional- und Nationalitätenpolitik, in: Utro Rossii, Nr. 39/1995.

² Daß die Tschetschenien-Krise inzwischen im Wahlkampf nahezu keine Rolle mehr spiele, ist eine Beobachtung von Ju. Lebedev (vgl. Anm. 3). Èčènja. Kak preodolet' krizis?, in: Argumenty in fakty, Nr. 34/1995.

³ Sociologičeskie issledovanija (Socis), Nr. 9/1995, S. 14ff; Nr. 10/1995, S. 3ff.

⁴ Sociologičeskie issledovanija (Socis), Nr. 9/1995, S. 22f; Izvestija 18. und 19.7.1995.

⁵ Politologičeskie issledovanija (Polis), Nr. 4/1995, S. 102, 116. Die Äußerung von Urnow, in: Utro Rossii, Nr. 39/1995.

gelegt.¹ Die mit der Untersuchung befaßten Wissenschaftler haben die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen seit 1993 ziemlich genau untersucht. Nach ihrer Einschätzung spielt bei Wahlentscheidungen der Bürger die konkrete wirtschaftliche Lage die entscheidende Rolle, gefolgt vom Typ des jeweiligen Wohnorts und einigen "ideologischen Prioritäten". Beim Gesamt-Elektorat unterscheiden sie fünf Sektoren, wobei die Potentiale der Demokraten, der Kommunisten (einschließlich Agrarier) und "National-Patrioten" jeweils auf etwa 20% geschätzt werden. Den "Zentristen" werden 25% zugestanden, wobei behauptet wird, dieser Anteil verringere sich gegenwärtig. Der Rest entfalle auf den "Sumpf", d.h. den Teil, der sich für Wahlen prinzipiell nicht interessiere - sein Umfang sei besonders schwer einzuschätzen, in jedem Fall mache er ein Viertel der Bevölkerung aus, es könnten aber auch bis 50% sein. Wenn gleichzeitig von einer Wahlbeteiligung zwischen 35 und 40% ausgegangen wird, so bedeutet dies, daß nach Ansicht der Wissenschaftler nur etwa jeder zweite für ein bestimmtes Spektrum in Frage kommender Bürger von seinem Wahlrecht Gebrauch machen wird. Nach ihrer Einschätzung könnten in der neuen Duma die Fraktion der KPRF, des NDR sowie der unabhängigen Regionalen jeweils bis zu 80 Sitze erreichen, gefolgt von Jabloko und der LDPR mit je bis zu 60 Sitzen. Weiteren 6 Gruppierungen wurden gute Chancen eingeräumt, die 5-Prozent-Marke zu überschreiten bzw. eine gewisse Anzahl von Direktmandaten zu gewinnen (APR, DVR, Deržava, die Gruppe Glasjew-Lebed, Frauen Rußlands, "Vpered, Rossija!").

Ein halbes Jahr darauf hat der Journalist K. Katanjan Überlegungen angestellt, die sich methodisch an diese Arbeit anlehnen.² Dabei konnte er die inzwischen erfolgten Änderungen in der Parteienlandschaft, insbesondere die Etablierung des KRO, sowie das aktuelle Rating der führenden Politiker berücksichtigen. Die zugelassenen Parteien ordnete er fünf Feldern zu, wobei zu den vier oben erwähnten Kategorien (Kommunisten, Patrioten, Etatisten, Demokraten) die Gruppe der Marginalen hinzugekommen ist. Bei der hypothetischen Verteilung der abgegebenen Stimmen geht Katanjan zunächst davon aus, daß jede Gruppe 1% erhalten kann (dafür braucht nur das Zwei- bis Dreifache der gesammelten Unterschriftenmenge erzielt zu werden). Zusätzlich erhalten die Gruppen einen zwischen 5 und 10% liegenden Bonus, deren Leader bei Meinungsumfragen über 5% Zustimmung erreichen (KPRF, KRO, Jabloko, NDR). Innerhalb der fünf Felder nahm Katanjan eine gewisse Differenzierung vor, indem er den Marginalen nur 10% insgesamt zugestand (da sie keine politischen Bewegungen mobilisieren können), den Kommunisten dagegen - aufgrund ihres deutlichen Vorsprungs bei den meisten Befragungen - 25%. Demokraten und Patrioten erhalten jeweils 20%, die Etatisten 21% (als Folge ihrer Bevorzugung durch die von ihnen kontrollierten Wahlkommissionen); die verbleibenden 4% entfallen auf solche Wähler, die gegen alle Parteien votieren werden. Insgesamt ergibt sich dann folgendes Bild:

Gruppe A: Kommunisten/Agrarier: 25%

KPRF	Kommunistische Partei der Russischen Föderation	G. Zjuganov	11
APR	Agrarpartei Rußlands	M. Lapšin	4
Kommunisty-Trudovaja Rossija	Kommunisten - Werktätiges Rußland	V. Tjul'kin	4
Vlast'-narodu	Die Macht dem Volke	N. Ryžkov	4
Moe Otečestvo	Mein Vaterland	B. Gromov	2

Gruppe B: National-Patrioten: 20%

¹ Vyborny - 95: vozmožnosti i verojatnosti, Rossijskij sojuz promyšlennikov i predprinimatelej (RSPP), kspertnyj institut, M. 1995.

² Nezavisimaja gazeta, 18.11.1995.

KRO	Kongreß der russischen Gemeinden	Ju. Skokov	9
LDPR	Liberaldemokratische Partei Rußlands	V. Žirinovskij	4
Deržava	Sozialpatriotische Bewegung "Großmacht"	A. Ruckoj	4
Za Rodinu!	Für die Heimat!	V. Polevanov	1
NRPR	Nationalrepublikanische Partei Rußlands	N. Lysenko	1
Blok Govoruchina	Goworuchin-Block	S. Govoruchin	1

Gruppe C: Demokraten: 20%

Jabloko	Jabloko	G. Javlinskij	8
DVR	Demokratische Wahl Rußlands - Vereinigte Demokraten	E. Gajdar	3
PST	Partei für die Selbstverwaltung der Werktätigen	S. Fedorov	2
Christiansko-demokratiè. sojuz	Christlich-demokratische Union - Christen Rußlands	V. Savickij	1
Vpered, Rossija!	Vorwärts Rußland!	B. Fedorov	1
Pamfilova-Gurov-V. Lysenko	Block der Republikanischen Partei	. Pamfilova	1
Obščee delo	Gemeinsame Sache	I. Chakamada	1
PS	Partei für Wirtschaftsfreiheit	K. Borovoj	1
Blok nezavisimych	Block der Unabhängigen	*	1
Blok "89"	Block der "89"	*	1

Gruppe D: Etatisten: 21%

NDR	Unser Haus - Rußland	V. Èernomyrdin	6
ŽR	Frauen Rußlands	A. Fedulova	5
PRES	Partei der russischen Einheit und Eintracht	S. Šachraj	1
FDD	Föderaldemokratische Bewegung	O. Novikov	1
Stabil'naja Rossija	Stabiles Rußland	O. Petrov	1
Preobraženie Otečestva	Umgestaltung des Vaterlandes	. Rossel'	1
Mežnacional'nyj sojuz	Nationenübergreifende Union	A. Mikitaev	1
Social-demokraty	Sozialdemokraten	G. Popov	1
Blok Rybkina	Rybkin-Block	I. Rybkin	1
Duma 96	Duma 96	V. Burenin	1
Tichonov-Tupolev-Tichonov	-	A. Tichonov	1
Profsojuzy i promyšlenniki	Gewerkschaften und Industrielle - Union der Arbeit	V. Šeërbakov	1

*Gruppe E: "Marginale": 10%***

Kedr	Ökologische Partei Rußlands "Die Zeder"	A. Panfilov	1
PLP	Partei der Bierfreunde	K. Kalaëev	1
Pokolenija rubeža	Generationen der Zeitenwende	D. Solonnikov	1
ROD	Russische gesamtvolkische Bewegung	A. Baženov	1
Narodnyj sojuz	Volksunion	V. Lukjanov	1
Islam-Bewegung "Nur"	-	Ch. Jachin	1
"Rentner-Block"	-	D. Davitašvili	1
"Invaliden-Block"	-	V. Dikul'	1
Assoziation der Rechtsanwälte	-	A. Maleev	1

Gruppe F: "Gegen alle Listen": 4%

Quelle: Nezavisimaja gazeta, 18.11.1995, S. 1f.; Kommersant-DAILY, 11.11.1995.

* Diese beiden Blöcke verfügen über keine Landesliste, so daß kein Listenführer vermerkt ist.

** Der bei der Prognose noch berücksichtigte "Verband der in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft Rußlands Beschäftigten" mit dem Spitzenkandidaten L. Ėrnyšov ist dann doch nicht zur Wahl zugelassen worden. Dadurch addieren sich die Anteile der in Gruppe E zusammengefaßten Parteien und Blöcke nur auf 9%.

Die 225 Sitze würden bei einem solchen Ergebnis auf die vier "Felder" nach Variante A, bei Erreichen der 5-Prozent-Marke durch die bisherigen "4er" nach Variante B verteilt:

	Variante A		Variante B	
Etatisten	64	(29%)	39	(17%)
Kommunisten	63	(28%)	91	(41%)
Patrioten	52	(23%)	67	(30%)
Demokraten	46	(20%)	28	(12%)

Bei Variante A würden Kommunisten und Patrioten über eine Mehrheit von 51% der Listenmandate verfügen, obwohl sie nur 39% der abgegebenen Stimmen erhalten hätten. Bei Variante B hätten dann zwar fast zwei von drei Wählern ihren Vertreter in der Duma, doch komme es dann sogar zu einer soliden Zweidrittelmehrheit von Kommunisten und Patrioten.

Katanjan weist im folgenden darauf hin, daß freilich auch ein ganz anderer Ausgang vorstellbar wäre - die kommunisten und patriotischen Blöcke würden knapp unter 5, Demokraten und Etatisten knapp darüber liegen. Freilich müsse auch dann von einer Verfälschung des Wählerwillens gesprochen werden. Hinsichtlich der Wahlen von Direktkandidaten in den Wahlkreisen hält Katanjan eine Prognose für aus-

geschlossen, da bei durchschnittlich 20 Kandidaten pro Dumasitz im Grunde jeder zufällig einen etwas größeren Stimmenanteil als der an zweiter Stelle Rangierende erhalten könne.

Das Vorliegen von Schätzungen über den Umfang der von den einzelnen Blöcken gestellten Fraktionen sagt nur bedingt etwas über die tatsächlich zu erwartende politische Landschaft in der Duma aus. Wie in den letzten beiden Jahren werden sich manche Abgeordnete - zumal die als "Unabhängige" in den Wahlkreisen gewählt - nach Konstituierung der Duma einer Fraktion anschließen, deren Zielrichtung mit dem Programm des Abgeordneten möglicherweise nicht viel gemein hat. Auch können sich Fraktionen bzw. Abgeordnetengruppen nach der Konstituierung zu neuen Fraktionen oder - mehr oder weniger verbindlichen - Koalitionen zusammenschließen, die mit dem Wählerwillen kaum noch Gemeinsamkeiten haben. So gibt es Hinweise, daß die Führung von Jabloko Kontakte sowohl zur KP als auch zum "Kongreß der russischen Gemeinden" unterhält und auch nach der Konstituierung der neuen Duma eine - zumindest partielle - Zusammenarbeit mit ihnen nicht ausschließt.

Die neue Duma und die Präsidentenwahl

Wie auch immer die neue Duma zusammengesetzt sein wird - damit wird keine Vorentscheidung über die politische Zukunft Rußlands gefallen sein. Das hat zum einen damit zu tun, daß es neben der Duma noch den Föderationsrat als zweite Kammer des Parlaments gibt, und zum anderen damit, daß das über die Zukunft des politischen Systems entscheidende Ereignis die Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 sein werden. Vermutlich mehr als zehn Politiker, die fast alle für bestimmte Listen kandidieren (eine Ausnahme macht z.B. Gorbatschow), betrachten die Duma-Wahl auch als eine Testwahl für ihre eigenen Chancen. Sollten die Wahlen tatsächlich zu einem überwältigenden Sieg der Kommunisten und/oder der National-Patrioten führen, so hätte Präsident Jelzin im wesentlichen zwei Möglichkeiten. Seine Drohung, er wolle einen Sieg der Kommunisten nicht zulassen - was juristische Schritte der KP-Fraktion gegen den Präsidenten wegen unzulässiger Einmischung in den Wahlkampf nach sich gezogen hat - sollte dabei nicht übermäßig ernstgenommen werden.¹ Er könnte dann entweder einen Ministerpräsidenten aus ihren Reihen ernennen oder aber den bisherigen Amtsinhaber (oder einen neutralen Experten) mit der Wahrnehmung dieses Amtes betrauen. Ohnehin sind selbst für die wichtigsten ökonomischen Entscheidungen Ukase des Präsidenten wichtiger als Gesetze oder Verordnungen der Regierung; außerdem gibt es nach Ansicht des Präsidentenberaters A. Liwschitz vier große Lobby-Gruppen, gegen deren Willen keine Wirtschaftspolitik gemacht werden kann.² Auf einer Veranstaltung des Moskauer Finanzklubs (Oktober 1995) erwähnte er in diesem Zusammenhang die "Partei für den Kursverfall des Rubels", die "Partei: Her mit dem föderalen Aktienpaket!", die "Partei der Nicht-Steuerzahler" sowie die "Partei der Ausnahmen und Privilegien". Da ein etwaiger neuer Ministerpräsident innerhalb eines halben Jahres in keinem Fall nennenswerte Erfolge erzielen könne, hätten im Sommer 1996 Jelzin oder ein vom favorisierter Kandidatur durchaus gute Wahlaussichten.

Bernd Knabe

¹ Utro Rossii, Nr. 43/1995, S. 5.

² Izvestija, 1.11.1995, S. 1.